

Wie umgehen mit der AfD im Parlament?

Menschenrechte gegen subtilen Rassismus

> Anne Spiegel

Nach gut einem halben Jahr parlamentarischer Erfahrung mit der AfD haben sich viele Befürchtungen bestätigt, die ich hatte, als diese Partei bei der Landtagswahl im März 2016 in den Landtag einzog.

Vor allem das von mir geführte Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz ist eine Zielscheibe für die AfD geworden. Das ist nicht verwunderlich, treffen doch hier Welten aufeinander: ein vielfältiger Familienbegriff gegen einen, der – in dieser Reihenfolge – eine Vater-Mutter-Kind-Beziehung in den Mittelpunkt stellt. Die Gleichstellung von Frauen, die als „Genderwahn“ diffamiert wird, gegen eine „Zurück-an-den-Herd“-Ideologie. Eine offene, vielfältige Gesellschaft gegen die Diskriminierung von Minderheiten. Die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen gegen Abschottung und Ausgrenzung.

Pressemitteilungen, Anfragen und Anträge der AfD machen deutlich, dass die Gesellschaft um mindestens ein halbes Jahrhundert zurückgedreht werden soll.

In Texten und Reden finden sich zudem subtile rassistische Unterstellungen. Ein Beispiel: Die AfD hat beantragt, das Alter unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge ab 16 Jahren medizinisch festzustellen, wenn keine Ausweisdokumente vorliegen. Dabei sollen auch regelhaft Genitaluntersuchungen durchgeführt werden, da „urologische und gynäkologische Untersuchungen in Deutschland allgemein akzeptiert und selbstverständlich“ seien. Dass das in anderen Kultu-

ren nicht so ist, interessiert nicht, es geht um Druck und Assimilation, nicht um Integration. Die AfD ignoriert zudem, dass das Alter auch medizinisch nicht zweifelsfrei geklärt werden kann. Noch schlimmer ist aber, dass die gesamte Antragsbegründung Mutmaßungen gegenüber allen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen enthält. So zum Beispiel, dass diese regelhaft ihre Ausweispapiere vernichteten, dass sie älter seien und deshalb Sozialleistungen missbrauchten bis hin dazu, dass das dem Rechtsstaat schade, weil erwachsene Straftäter mit Jugendstrafen davon kämen. Nicht der einzelne Mensch und seine Rechte und Bedürfnisse stehen im Mittelpunkt, sondern die Gleichung unbegleiteter minderjähriger Flüchtling = potentieller Straftäter = Missbrauch von Sozialleistungen und des Rechtsstaats.

Wie reagieren wir auf die AfD? Deutlich und vernehmbar dagegenhalten, die rechtspopulistische Ideologie aufdecken, ihr Fakten entgegenhalten, Menschenrechte und Ethik in den Mittelpunkt stellen, in der Öffentlichkeit für unsere Positionen werben und Werte wie Respekt, Toleranz, Gleichberechtigung, Vielfalt und Offenheit betonen.

> Anne Spiegel (Grüne) ist Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz in Rheinland-Pfalz.



Foto: MFFJIV